A1 NEUE ENERGIE.

Gremium: Schreibgruppe

Beschlussdatum: 28.05.2020

Text

1 Weil MV kein neues Klima braucht!

2 Alternative Titelvorschläge:

- 3 • Wir sind jung und brauchen die Welt. Klimaschutz jetzt!
- 4 • Klimaschutz jetzt! Energiewende umsetzen
- 5 • Wirksamer Klimaschutz. Saubere Energien fördern
- 6 • Mit sauberer Energie zu mehr Klimaschutz
- 7 • Pariser Abkommen einhalten. Klimaschutz jetzt!
- 8 • Energie für die Zukunft. Klimaschutz jetzt!
- 9 • Klima und Natur schützen. Saubere Energie für die Zukunft.

10 Verbindlicher Klimaschutz für M-V

11 Wir stehen vor dem womöglich größten Problem der Menschheitsgeschichte. Der
12 unkontrollierten Erwärmung der Erde. Spätestens im Sommer 2018 haben wir alle
13 hier im Land bemerkt, dass etwas nicht stimmt. Hitze und Trockenheit setzen uns
14 und der Natur zu. Der Winter 2019/2020 verdiente es schon gar nicht mehr, so
15 genannt zu werden. Was das zur Folge hat und haben wird, lässt sich zwar
16 beschreiben aber kaum erfassen. Die Ursache ist der Ausstoß von Treibhausgasen,
17 dafür verantwortlich sind wir Menschen, in jeder Gesellschaft und in jedem Land,
18 auch in Mecklenburg-Vorpommern.

19 Weniger Treibhausgase auszustoßen, nachhaltiger zu wirtschaften und gemeinsam
20 Verantwortung zu übernehmen, kann nur mit klaren und vorausschauenden Zielen
21 gelingen.

22 Klimaschutz in die Landesverfassung

23 Wir wollen den Klimaschutz als Staatsziel in die Landesverfassung übernehmen.
24 Neue Landesprojekte werden sich daran messen müssen und dürfen nicht im
25 Widerspruch zur Erreichung der Klimaschutzziele stehen.

26 Klimaschutzgesetz und Integrierter Klimaschutzplan für Mecklenburg-Vorpommern

27 Das Klimaschutzgesetz soll verbindliche Ziele festsetzen und ein transparentes
28 Verfahren ermöglichen. Es ist eine Modernisierung der politischen Steuerung und
29 koordiniert die Klima- und Energiepolitik. Durch das Klimaschutzgesetz wird hier
30 im Land eine langfristige Planungs- und Investitionssicherheit gewährleistet.
31 Der gesetzliche Rahmen stellt sicher, dass die Einhaltung der Ziele zur

32 Daueraufgabe der Politik wird. Die Ziele müssen sowohl auf Landesebene als auch
33 auf kommunaler Ebene realisiert werden. Dies kann vor allem durch den Ausbau der
34 erneuerbaren Energien, eine konsequente Energieeinsparung und allgemein dem
35 effizienteren Einsatz von Energie gelingen. Wir fordern ein Klimaschutzgesetz,
36 mit dem sich Mecklenburg-Vorpommern verpflichtet, seine CO₂-Emissionen gegenüber
37 1990 bis 2025 um 60 %, bis 2030 um 80 % und bis 2050 um 100 % zu senken. Der
38 größte Fokus liegt dabei in der Erarbeitung sektorspezifischer Vorgaben zur CO₂-
39 Minderung.

40 Um dies umzusetzen, muss die Landesregierung so schnell wie möglich einen
41 Maßnahmenkatalog, den integrierten Klimaschutzplan, unter Beteiligung von
42 Verbänden, Institutionen und der Zivilgesellschaft erarbeiten. Dabei wird die
43 Berücksichtigung unabhängiger wissenschaftlicher Erkenntnisse einen besonderen
44 Stellenwert erhalten. Beim einmaligen Beschluss des Plans durch den Landtag soll
45 es nicht bleiben. Die Landesregierung soll dem Landtag jährlich einen
46 Energiewende- und Klimaschutzbericht vorlegen. Alle fünf Jahre wird der
47 integrierte Klimaschutzplan fortgeschrieben. So wird auch ein wirksames
48 Monitoring etabliert. Einzelnen Fehlentwicklungen kann der Landtag damit
49 entgegensteuern und jede neue Landesregierung muss sich erneut mit den Vorgaben
50 und Zielen und deren Umsetzung befassen.

51 **Klimabildung in den Unterricht**

52 Wir fordern, die Themen Klimakrise, Klimagerechtigkeit und Klimaschutz stärker
53 als bisher in den Unterricht zu integrieren. Die Gesellschaft muss sich mit der
54 globalen Erwärmung und den Auswirkungen der Klimakrise auf den Menschen und
55 seine Umwelt auseinandersetzen, um wirksame und sozialverträgliche Lösungen zu
56 entwickeln. Um die Klimakrise zu bewältigen und Maßnahmen zum effektiven
57 Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel zu entwickeln, ist es wichtig,
58 dass Klimawandel und Klimaschutz bereits in der Schule unterrichtet werden.

59 **Landesweite Klima-Projektwoche**

60 Dabei soll das Thema Klima flächendeckend an allen Schulformen behandelt werden.
61 In einem breiten Beteiligungsprozess soll gemeinsam mit Lehrer*innen und
62 Expert*innen entwickelt werden, in welcher Form das Thema Klima in den
63 Unterricht integriert werden soll – beispielsweise im Rahmen einer landesweiten
64 verpflichtenden Klima-Projektwoche, die in Kooperation mit den Hochschulen und
65 Forschungseinrichtungen des Landes mit der Option auf Teilnahme an einem
66 landesweiten Schulwettbewerbs durchgeführt wird. Zusätzlich soll die
67 Klimabildung in den Lehrplänen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen
68 verankert werden. Lehrpersonen sollen die Möglichkeit haben, sich in
69 fachbezogenen Fortbildungen zu den Themen Klimawandel und Klimaschutz
70 weiterzubilden. Zudem soll seitens des Kultusministeriums kuratiertes und
71 qualitätsgeprüftes Unterrichtsmaterial für alle Schulformen und Stufen zur
72 Verfügung gestellt werden.

73 **Erneuerbare Energien**

74 Um unserer Verantwortung für den Klimaschutz nachzukommen, müssen wir in erste
75 Linie die Bereiche umbauen, die besonders viel CO₂ emittieren. Dies ist immer

76 noch der Energiesektor. Als Flächenland mit viel Wind haben wir eine
77 Verantwortung für das Gelingen der Energiewende in der Bundesrepublik. Zurzeit
78 verdienen über 14.000 Arbeitnehmer*innen mit den Erneuerbaren Energien ihren
79 Lebensunterhalt. Die Windenergie ist ohne Zweifel ein Jobmotor. Wir wollen uns
80 auf unsere Stärken besinnen und unseren Teil zur Energiewende beitragen. Wir
81 fordern daher einen konsequenten Umstieg auf Erneuerbaren Energien in allen
82 Energiebereichen mit klar definierten Ausbauzielen und jährlichen
83 Zwischenzielen.

84 Verbindliche Vorgaben

85 Wir wollen 6,5% des Strombedarfs der Bundesrepublik - entsprechend unserem
86 Flächenanteil - erzeugen. Daher fordern wir, die daraus resultierenden
87 Landesziele zum Ausbau der Erneuerbaren Energien mit Zwischenschritten zu
88 untersetzen. Sollten diese nicht erreicht werden, müssen Maßnahmen zum
89 Gegensteuern ergriffen werden. Als erster Schritt muss der quasi vorhandene
90 Ausbaustopp für Wind- und Solarstromerzeugung überwunden werden. Wir stehen
91 dazu, mindestens 2% der Landesfläche für die Windstromerzeugung vorzuhalten.

92 Für uns sind Naturschutz, Biodiversität und Klimaschutz gleich wichtige und
93 fundamentale Anliegen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien darf den Schutz der
94 Tier- und Pflanzenwelt in unserem Land nicht aus dem Blick verlieren. Dazu
95 müssen endlich einheitliche, sachgerechte und intelligente Bewertungsmaßstäbe
96 für Naturschutzfragen geschaffen werden.

97 Die bisherigen pauschalen Abstandsregelungen zu kollisionsgefährdeten Arten
98 gehen oft an deren konkreten Schutzerfordernissen vorbei und engen die
99 Flächenverfügbarkeit für die Windenergie stark ein. Sie müssen daher auf ihre
100 Angemessenheit überprüft werden.

101 Ein systematischer und wirksamer Schutz der gefährdeten Arten ist möglich. Dafür
102 muss eine umfassende landesweite Kartierung dieser Arten erfolgen. Ihre
103 Dichtezentren sind zu erfassen und wo nötig von der Windenergienutzung
104 auszuschließen.

105 Wo ein gewisses Verlustrisiko für einzelne Tiere verbleibt, müssen wirksame
106 Artenhilfsprogramme geschaffen werden, die den Erhalt stabiler Populationen
107 sichern. Dazu müssen die Datengrundlagen laufend aktualisiert und das
108 ehrenamtliche und staatliche Monitoring ausgebaut werden. Wir sehen, dass es
109 rasante technologische Entwicklungen zur Verhinderung von Tieropfern der
110 Energiewende gibt. Wir wollen, dass Vogelradar- und Kamerasysteme mit
111 Abschaltautomatik weiterentwickelt, anerkannt und genutzt werden.

112 Noch gibt es genügend Flächenpotentiale außerhalb von Wäldern. Wirtschaftswälder
113 erscheinen aber grundsätzlich als Standorte für eine Energiegewinnung durch
114 Windenergieanlagen geeignet, sie haben immer auch Energierohstoffe geliefert.
115 Sollte es die Situation irgendwann erfordern auch Waldstandorte in Betracht zu
116 ziehen, werden wir in einem sorgfältigen Abwägungsprozess eine gleichberechtigte
117 Überprüfung aller Flächen in M-V anstreben.

118 Unsere Stärken und Möglichkeiten besser nutzen

119 Windenergieanlagen auf See liefern zuverlässig Strom aufgrund stetiger Winde.
120 Daher müssen wir das Potential der Ostsee für unsere stabile Stromversorgung
121 besser nutzen. Auch moderne Anlagen an Land nutzen schwache Winde besser aus.

122 Genehmigungsverfahren für den Austausch alter Anlagen, das Repowering, müssen
123 vereinfacht werden.

124 Um die Klimaziele zu erreichen brauchen wir das gesamte Spektrum der
125 erneuerbaren Energien. Die Photovoltaik kann unsere Energieversorgung auch in
126 windarmen aber sonnenreichen Sommern gewährleisten. Ackerflächen die nicht
127 hochwertig sind, sollten für die Photovoltaik geöffnet werden. Mit hoch
128 aufgeständerten Photovoltaikmodulen und größeren Abständen untereinander, kann
129 es auch möglich sein Ackerbau und Energieerzeugung gleichzeitig zu betreiben,
130 teilweise sogar mit höheren landwirtschaftlichen Erträgen. Die solare Nutzung
131 von Dachflächen muss zur Normalität werden, auch im Bestand oder bei weniger
132 ertragreichen Dachausrichtungen und ohne bürokratische Hürden. Dies gilt
133 insbesondere für vermietete Immobilien. Mit der Nutzung von Geothermie können
134 wir Wärmepumpen noch effektiver einsetzen. Niemand solle mehr auf die Idee
135 kommen, dass eine Ölheizung eine gute Investition wäre.

136 Teilhabe an den Erfolgen

137 Wir wollen, dass die Bürger*innen unseres Landes von der Energiewende
138 profitieren. Nur so erhält die Branche den dringend benötigten Rückenwind. Neben
139 einer jährlichen verpflichtenden Zahlung an die Standortkommunen, wollen wir die
140 Bewohner durch vergünstigte Bürgerstromtarife an den Erträgen der Windenergie
141 beteiligen. Dies wollen wir ändern, indem wir echte Bürgerenergieprojekte
142 wiederbeleben. Gemeinden sollen durch höhere Gewerbesteuereinnahmen von
143 Energieerzeugungsanlagen spürbar profitieren und die Zahlungen auch einbehalten
144 dürfen. Dies soll auch für Küstenstandorte von Offshoreparks gelten. Durch die
145 Einbindung von Stadtwerken erhöhen wir die lokale Wertschöpfung und Bindung zu
146 unserer Energie. Wir suchen das Gespräch mit der Tourismusindustrie, um Konzepte
147 zu erarbeiten, um die Energiewende mit diesem für unser Land wichtigen
148 Wirtschaftszweig in Einklang zu bringen.

149 Kohleausstieg

150 Das Kohlekraftwerk in Rostock ist mit über 2 Mio. Tonnen der größte Verursacher
151 von CO₂ in unserem Bundesland. Das sind rund 20 % der gesamten CO₂-Emissionen in
152 Mecklenburg-Vorpommern. Zudem verursacht es erhebliche Emissionen von giftigen
153 Stoffen wie Arsen und Quecksilber. Als Land MV haben wir keine Handhabe das
154 Rostocker Kohlekraftwerk früher vom Netz zu nehmen, aber wir wollen als Teil der
155 Landesregierung Gespräche mit den Betreibern des Kraftwerks führen. Das
156 Kraftwerk in seiner jetzigen Form hat für uns keine Zukunft.

157 Frühere Abschaltung und eine andere Nutzung

158 Der Kohleausstieg kommt. Jetzt noch in fossile Infrastrukturen zu investieren
159 wäre Verschwendung wichtiger Ressourcen, die dringend für die Energiewende
160 benötigt werden. Durch einen verstärkten Ausbau der Erneuerbaren Energien wollen
161 wir die Abschaltung des Kohlekraftwerks beschleunigen. Schon jetzt kann
162 beobachtet werden, dass das Kraftwerk an windreichen Tagen häufig stillsteht.
163 Diesen Zustand wollen wir mit zusätzlichen Windenergie- und Solaranlagen zur
164 Regel machen.

165 Für die Zeit vor der Abschaltung, schlagen wir vor, das Kraftwerk mit Biomasse
166 aus nachhaltigen Quellen zu befeuern. So wäre das Kraftwerk zwar nicht CO₂-frei

167 aber zumindest Klimaneutral. Wir wollen aber nicht, dass dafür wertvolles
168 Nutzholz verfeuert wird. Wenn überhaupt Holz genutzt wird, muss es schon vorher
169 zu anderen Zwecken verwendet worden sein. Als Quellen könnten ausgediente Möbel
170 oder altes Bauholz dienen. Der Hauptteil der Biomasse muss aus Quellen stammen,
171 die sowieso anfallen, wie z.B. Grünschnitte. Wir wollen keine weiteren
172 Ackerflächen für die Produktion von schnell wachsender Biomasse zur
173 Energiegewinnung opfern.

174 Das Kraftwerk soll nur dann anspringen, wenn die Stromproduktion aus Wind und
175 Sonne nicht ausreicht. Damit wird es deutlich seltener genutzt und das
176 Mittellastkraftwerk wird zu einem Spitzenlastkraftwerk mit wenigen
177 Betriebsstunden im Jahr. So sinkt auch der Biomassebedarf im Falle einer
178 Umstellung auf ein verantwortbares Maß.

179 Netze, Speicher und sinnvolle Energienutzung

180 Aktuell erzeugen wir mit Erneuerbaren Energien 170 % unseres eigenen
181 Strombedarfs in Mecklenburg-Vorpommern selbst. Das heißt, dass wir schon jetzt
182 einen Großteil davon in die südlichen Bundesländer exportieren. Für einen
183 bundesweiten Umbau wird dieser grüne Strom auch dringend benötigt und, bei
184 konsequenter Einhaltung der Zielvorgaben, der Bedarf auch weiter steigen. Dies
185 stellt eine große Chance für unser Land dar. Wir können den überschüssigen
186 grünen Strom gut für unsere neue Wärmeversorgung gebrauchen, über einen weiteren
187 Netzausbau weitere Exporterlöse generieren und durch die Umwandlung in neue
188 Speichermedien wie Wasserstoff an einem neuen Zukunftsmarkt teilhaben. Ein
189 wichtiger Baustein ist jedoch die Anerkennung unserer Leistung als bedeutender
190 Energielieferant durch die anderen Bundesländer.

191 Netzausbau fördern und Ungerechtigkeiten aufheben

192 Um unsere Windräder bei viel Wind nicht abschalten zu müssen, benötigen wir
193 einen deutlich konsequenteren Ausbau der Übertragungsnetze. Damit dies gelingt
194 wollen wir einen Netzausbauplan für Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg bringen,
195 der eine Netzintegration der Erneuerbaren Energien berücksichtigt. Es müssen
196 Investitionen in Infrastrukturvorhaben, die oft über mehrere Jahre angelegt
197 sind, vorgenommen werden.

198 Unverständlicherweise zahlen viele Menschen in unserem Land, trotz günstiger
199 grüner Energie, die höchsten Strompreise im Bundesvergleich. Die Hauptursache
200 dafür sind hohe Stromnetzskosten. Daher fordern wir bundeseinheitliche
201 Netzentgelte, auch auf der Verteilnetzebene. Solange es auf Bundesebene keine
202 Fortschritte gibt, werden wir hilfsweise zunächst ein landesweites Netzentgelt
203 zur solidarischen Entlastung der besonders belasteten ländlichen Räume
204 einführen. Die Vorteile der Energiewende müssen für alle spürbar werden.

205 Speicherung und effiziente Nutzung der Energie von hier

206 Noch größere positive Effekte für unserer Land erreichen wir, wenn wir es
207 schaffen, unsere Energie vermehrt hier vor Ort zu nutzen. Wir wollen daher die
208 Rahmenbedingungen für die Speicherung von Energie verbessern. Mit der Nutzung
209 lokaler Energieüberschüsse werden wir bei unserer Wärmeversorgung nicht mehr auf
210 Öl und Gas angewiesen sein. Große Warmwasserspeicher, die Windstrom in Wärme
211 wandeln, halten über Nah- und Fernwärmeleitungen zuverlässig unsere Wohnung warm

212 und vermindern sehr effektiv unseren CO₂-Ausstoß. Statt den Strom einfach zu
213 exportieren, wollen wir Forschungsprojekte im Bereich neuer Speicherkonzepte zum
214 Beispiel grüne Wasserstoffproduktion fördern. Mit noch mehr Ladepunkten für
215 Elektrofahrzeuge landet statt dem Öl aus dem Ausland nun unser Wind- und
216 Sonnenstrom im Tank.

217 Damit dies effizient gelingt, wollen wir die Flexibilisierung des Strom- und
218 Wärmeverbrauchs weiter fördern. Netzdienliches Verhalten soll belohnt werden.
219 Unsere wichtigen Biogasanlagen sollen nur noch dann Strom in das Netz
220 einspeisen, wenn wir bei wenig Erzeugung hohe Stromverbräuche haben. Strom für
221 das E-Auto soll dann am günstigsten sein, wenn gerade der Wind weht oder die
222 Sonne scheint. Es muss vermieden werden, dass Speicher sinnloserweise mit
223 Kohlestrom geladen werden. Wir wollen Anreize dafür schaffen, dass neue
224 energieintensive Wirtschaftszweige nicht in Süddeutschland, sondern sich auch
225 hier vor Ort ansiedeln. Ausgestaltet als flexibel zuschaltbare Last, entlasten
226 diese das Netz und beleben die Wertschöpfung.

227 **Wärmewende und Energieeffizienz**

228 Um schnell von hohen CO₂-Ausstößen wegzukommen lohnt es sich, zunächst die
229 einfachsten Anpassungsmaßnahmen vorzunehmen. Diese sind neben der
230 Energieerzeugung in der Effizienzsteigerung zu finden. Hier gibt es insbesondere
231 in der Wärmenutzung große unausgeschöpfte Potentiale. Neben einer besseren
232 Isolierung, um Wärme in Gebäuden halten zu können, muss auch überall wo es
233 möglich ist, Restwärme genutzt werden.

234 Ein Wärmenutzungskonzept

235 Wir wollen Wärmenutzungskonzepte sowohl für Neubauten, Altbauten als auch für
236 Betriebe entwickeln. In Neubauten soll die Nutzung von Erneuerbarer Energie für
237 die Wärmeversorgung Pflicht werden. Zu einer finanziellen Mehrbelastung soll es
238 dabei nicht kommen. Ob die Zielvorgaben mit Solarthermie, Geothermie oder
239 Wärmepumpen erfüllt werden, soll nicht zwangsweise vorgegeben werden. Mit dem
240 Ausbau regionaler Wärmenetze, von denen man günstig Wärme beziehen kann, soll
241 die Entscheidung jedoch erleichtert werden. In Bestandsbauten wollen wir den
242 Austausch der Heizungsanlagen deutlich beschleunigen. Hier wird der Fokus auf
243 Flächenheizungen mit geringeren Vorlauftemperaturen liegen, um auch Abwärme aus
244 Industrieprozessen besser nutzen zu können.

245 **Klimaschutz in Kommunen**

246 Als einen der wichtigsten Akteure zur Erreichung der Energiewende sehen wir die
247 Kommunen. Auch nimmt in unserem Land der ländliche Raum einen besonderen
248 Standpunkt ein. Wir sehen, dass das Vertrauen in die Politik mancherorts stark
249 beschädigt ist. Oft wird gesagt, dass Energieprojekte über die Köpfe hinweg
250 entschieden werden. Wir wollen, dass die Bürger*innen diesen Prozess künftig von
251 unten mitgestalten können. Klimaschutz ist ein komplexes Thema. Mit
252 Aufklärungskampagnen wollen wir die Grundlage schaffen, damit unsere Bürgerinnen
253 und Bürger aktiv am Umstellungsprozess teilnehmen können.

254 Aufklärung und Beratung als Grundlage

255 Wir haben hier in Mecklenburg-Vorpommern schon einige Institutionen, die uns die
256 Herausforderungen der Energiewende näherbringen. Diese wollen wir weiter
257 ausbauen. Es muss für Alle klar verständlich werden, wie Klimawandel und
258 Energiewende zusammenhängen und was dies für Folgen für unser Land hat. Auch
259 muss es für Jede und Jeden einfacher werden, Fördermittel für den eigenen
260 Beitrag zu Energiewende zu erhalten. Die Institutionen sollen hier noch stärker
261 eine Beratungsfunktion einnehmen.

262 Die Kommunale Rolle stärken

263 Wie sollen Bürgerinnen und Bürger vom Erfolg der Energiewende begeistert werden,
264 wenn die Kommunalen Verwaltungen selbst nicht den Klimaschutz vorleben? Wir
265 wollen schnellstmöglich absichern, dass die Verwaltungen klimaneutral agieren.
266 Durch eine Pflicht von Photovoltaikmodulen auf kommunalen Gebäuden, werden die
267 Vorteile der Kosteneinsparung durch eine grüne Energieversorgung nähergebracht.
268 Kommunale Unternehmen sollen vermehrt auf Elektromobilität und alternative
269 Antriebskonzepte setzen, um hier einen Markthochlauf zu gewährleisten und die
270 Vorteile erlebbar zu machen.

271 Mit der Verankerung von kommunalen Handlungsfeldern im integrierten
272 Klimaschutzplan erhoffen wir uns auch eine Energiewende von unten. Wir wollen
273 verschiedene Interessengruppen zum Austausch verhelfen, damit eine
274 Gesamtabwägung besser gelingen und der Klimaschutz von der gesamten Gesellschaft
275 getragen werden kann.

276 CO2-Speicher

277 Neben einer Reduzierung unseres CO₂-Ausstoßes, werden wir auch bei der
278 Speicherung von CO₂ aktiv werden müssen. Schon längst zeigt sich, dass selbst
279 die ambitioniertesten Minderungspfade allein nicht mehr ausreichen werden, um
280 das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen. Mit dem Ausbau
281 von CO₂-Senken, bzw. Speichern, leisten wir einen wichtigen Beitrag zum
282 Klimaschutz und werten gleichzeitig unser Landschaftsbild auf. Das kommt sowohl
283 uns als Menschen, als auch der Biodiversität zugute.

284 CO₂-Senken fördern

285 Vor vielen Jahren haben wir damit begonnen die Moore in unserem Land trocken zu
286 legen. Das diese dabei viel Methan freigegeben, ebenfalls ein klimaschädliches
287 Treibhausgas, war uns lange nicht bewusst. Diesen Fehler wollen wir über
288 Moorschutz und Wiedervernässungsmaßnahmen heilen. Da Mecklenburg-Vorpommern im
289 Vergleich zum Bundesdurchschnitt über sehr wenig Wald verfügt, bieten sich hier
290 Möglichkeiten z.B. mithilfe von Waldaktien an, die Bevölkerung am Ausbau
291 naturnaher Wälder zu beteiligen. Mit beiden Maßnahmen schaffen wir ein
292 Landschaftsbild, das einem Mecklenburg-Vorpommern in seiner Natürlichkeit wieder
293 gerechter wird. Darüber hinaus kann die Förderung des Umbaus, weg von einer
294 intensiven Landwirtschaft, hin zu einer extensiven Nutzung, nicht nur CO₂
295 einsparen, sondern gleichzeitig nicht vermeidbare Emissionen kompensieren.

296 In letzter Zeit werden Stimmen laut, CO₂ bei der fossiler Energieerzeugung
297 abzuscheiden und in geeigneten Erdlagerstätten zu speichern. Dieses Verfahren
298 wird auch CCS (carbon capture and storage) genannt. Dies stellt jedoch keine
299 geeignete Maßnahme dar, um uns langfristig von der Nutzung fossiler

300 Energieträger zu lösen. Es muss daher der Grundsatz gelten, fossile
301 Energieträger erst gar nicht aus der Erde zu holen.

302 **Atomsicherheit**

303 Auch wir Bürger*innen hier in Mecklenburg-Vorpommern müssen mit der Altlast der
304 Nutzung von Atomkraft ringen. Wir bekennen uns zum Endlagersuchgesetz. Wir
305 beziehen uns dabei auf das wissenschaftsbasierte und auf
306 Öffentlichkeitsbeteiligung ausgelegte Verfahren sind daher für die Suche nach
307 einem Standort für die Lagerung hochradioaktiver Abfälle, der die Risiken so
308 gering wie möglich hält. Auch wenn dieser in unserem Bundesland sein sollte. Wir
309 begleiten eine umfassende und transparente Öffentlichkeitsbeteiligung zur Suche
310 eines Atommüllendlagers. Damit das Zwischenlager Lubmin nicht einen
311 Endlagercharakter erhält, sollen hier auch keine weiteren Castoren
312 zwischengelagert werden dürfen. Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf,
313 ein bundesweites Konzept vor dem Zeithorizont der Einbringung in ein Endlager zu
314 erstellen. Weiterhin fordern wir, dass die Sicherheitsvorkehrungen im
315 Zwischenlager Lubmin erhöht werden.